

# Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

[www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de](http://www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de)

Ausgabe September 2023

**Hinweis:** Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausclick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

**Einladung:** Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikelvorschläge (mit Link) an: [info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de](mailto:info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de) (Betr.: "BB-Artikelvorschlag"). Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

## Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Klaus Zierer kritisiert "Digitalisierungswahn" an Schulen**
- **M. Felten: Gute Lesekenntnisse sind entscheidend wichtig**
- **Robert Tauschke: Digitaler Horror im Kinderzimmer – wie lange noch ungeschützt?**
- **O. Lafontaine: Abschied von demokratischer Souveränität**
- **Norbert Häring: Das Netzwerk Klimajournalismus: ...**
- **R. Balcerowiak: Bürgerrat ...: simulierte Bürgerbeteiligung**
- **F. Warweg: Verfassungsbeschwerde gegen Neufassung von "Volksverhetzung"-Paragraf 130 eingereicht**
- **NZZ: ... Wie Politik in der Schweiz funktioniert. ...**
- **Th. Röper: Neue Mitglieder und ein neues Finanzsystem**
- **Alexander Neu: Das fragwürdige Verhältnis des Westens zu Neutralität, freier Bündniswahl und Völkerrecht**
- **R. Werning: Streumunition über außenpolitischem Minenfeld – zur Strafanzeige gegen Bundespräsidenten**
- **Afrika: Kleinkind bzw. Opfer von Auseinandersetzungen um Vormacht**
- **R. Suchet: Afrikas neue Rolle in einer multipolaren Welt**
- **Hans Köchler: Die 'International Progress Organization' verurteilt die kollektive Bestrafung der Bevölkerung von Niger**
- **IPPNW: 78 Jahre seit Hiroshima und Nagasaki**

Zitat des Monats von [Immanuel Kant](#):

**Die Erziehung ist das größte Problem und das Schwierigste, was dem Menschen kann aufgegeben werden.**

## Editorial

Der erste Block dieser Ausgabe beschäftigt sich mit der Problematik der **Digitalisierung im Bildungsbereich**. In den Beiträgen von Klaus Zierer, Michael Felten und Robert Tauschke werden die verschiedenen Gefahren dargestellt, die mit zu viel und zu früh eingesetzter Digitalisierung verbunden sind. Diese verursacht grundsätzliche Lücken beim Lernen, Gesundheitsschäden, soziale Ungerechtigkeiten bis hin zu psychischen Schäden.

Dadurch fördert der Bildungsbereich den **Verfall von Demokratie**. Oskar Lafontaine stellt verfallendes Demokratieverständnis anlässlich von aktuellen Wahlkampfparolen dar. Norbert Häring verweist auf die journalistischen Manipulationen und deren Hintergründe bei der Klima-Kampagne. Rainer Balcerowiak entlarvt die Kampagne für "Bürgerräte" als ein manipulatives Herrschaftsinstrument. Während hierzulande ein **Paragraf gegen "Volksverhetzung"** unter fragwürdigen Umständen verschärft wird (Beitrag Warweg), bietet die Schweiz mit ihrer direkten Demokratie ein erhellendes Lehrstück, das in einem NZZ-Artikel detailliert illustriert wird.

Hoffnung auf eine demokratischere Struktur auf globaler Ebene gibt der **BRICS-Gipfel in Johannesburg**, über den Thomas Röper berichtet. Die Kehrseite ist der Krieg in der Ukraine, in dem Alexander Neu einen Epochenumbruch zulasten des Westens sieht. In diesem Zusammenhang wird sogar gegen unseren Bundespräsidenten Strafanzeige gestellt, weil er **völkerrechtswidrige Waffeneinsätze** befürwortet. Zu den Vorgängen in Afrika nehmen Milena Preradovic, Jacques Baud, Michel Chossudovsky und Hans Köchler aus verschiedenen Perspektiven Stellung.

Abschließend erinnert IPPNW an die **Jahrestage der Atombombenabwürfe in Japan** und die direkten und auch späteren Zerstörungen von menschlichen Lebensräumen durch umfangreiche Experimente.

[Inhalt](#) ↑

### • Klaus Zierer: **Pädagogikprofessor Klaus Zierer kritisiert "Digitalisierungswahn" an den Schulen**

Klaus Zierer, Ordinarius für Schulpädagogik an der Universität Augsburg, sieht in der [Digitalisierung an den Schulen keinen Ausweg aus der Bildungskrise](#), für die die Digitalisierung mitverantwortlich sei. Laut einer Untersuchung der TU Dortmund würde die häufige Nutzung von Handys, Tablets oder Computern den Wortschatz der Kinder reduzieren und die Fähigkeit zur Textproduktion hemmen. Andere Länder wie Frankreich, Schweden oder die Niederlande würden aufgrund der Studienlage bereits umdenken.

Nach Zierer sind die Erkenntnisse der empirischen Bildungsforschung zur Lehr- und Lernwirksamkeit digitaler Medien eindeutig: (1) Analoge Schulbücher in Printform sind didaktisch wertvoller als digitale Varianten. (2) Digitale Medien reduzieren den Wortschatz und hemmen die Fähigkeit zur Textproduktion. (3) Die flächendeckende Ausstattung mit Tablets erhöht die Bildungsungerechtigkeit. (4) Der Ersatz von Schulheften durch Tablets führt zu Bildungsdefiziten. (5) Bildungsmedien sollten ökologisch verantwortungsbewusst ausgewählt werden. (6) Bildung ist zweckfrei und darf nicht von Tech-Konzernen bestimmt werden. Die Ankündigung der CSU, bis

zum Jahr 2028 alle Schüler in Bayern mit einem Tablet für den Unterricht auszustatten, bezeichnet Zierer in einer ausführlichen Presseerklärung als "bildungspolitischen Aktionismus".

Im Zusammenhang mit der Darlegung von Zierer weist die Internetseite diagnose-funk.org darauf hin, dass neue Studien wiederum bestätigen, dass die Nutzung von Tablets in den Schulen WLAN erfordere, das mit seiner elektro-magnetischen Strahlung eine Gesundheitsgefährdung darstelle. Diagnose-funk.org warnt davor, dass mit der Digitalisierung der Schulen die Bitkom-Industrie die Erziehungsziele und die Lehrmethoden vorgeben sowie wie die Pädagogik eliminieren werde. Statt jährlich 1 Mrd. Euro für die Digitalisierung der Schulen auszugeben, fordert die Seite, dieses Geld für mehr Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Schulpsychologen und Sozialarbeiter sowie für mehr Theater-, Kunst-, Sport- und Musik-AGs auszugeben.

*[Klaus Zierer](#), Jg. 1976, studierte Grundschulpädagogik und unterrichtete fünf Jahre an der Grundschule. Er promovierte 2003 und habilitierte 2009, wurde 2011 Professor für Erziehungswissenschaft und 2015 Ordinarius für Schulpädagogik an der Uni Augsburg. Er ist Autor und bringt sich in bildungspolitische Debatten ein. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- Michael Felten: **Gute Lesekenntnisse sind entscheidend wichtig**

Michael Felten warnt vor digitalen Medien in den Händen von Kindern und Jugendlichen. Denn der [Rückgang der Leseleistungen von Viertklässlern falle auffällig mit dem Siegeszug von Smartphone & Co zusammen](#). Zudem stehle der intensive Umgang mit Smartphones nicht nur Heranwachsenden viel Zeit, sondern lasse auch die fürsorgliche Aufmerksamkeit der Erwachsenen verkümmern. Felten erinnert an die 3-6-9-12-Faustregel des französischen Psychologen Serge Tisseron: Kein Fernsehen unter 3 Jahren, keine eigene Spielkonsole vor 6, Internet nach 9 und soziale Netzwerke erst ab 12 Jahren. Felten erinnert auch daran, dass ältere Internatsschüler für das Verbot von Smartphones auf dem Internat dankbar waren, weil sie so mehr miteinander machen konnten.

Um die Lesekompetenz zu verbessern, hat das NRW-Schulministerium eine [verbindliche Lesezeit \(Vorlesen, gemeinsames Lesen\) von 3 mal 20 Minuten für die Grundschulen angeordnet](#). Materialien und Angebote zur Zusammenarbeit können im Internet abgerufen werden.

*[Michael Felten](#), Jg. 1951, arbeitet seit 35 Jahren als Gymnasiallehrer. Er ist auch in der Lehrerausbildung tätig sowie Publizist und Schulentwicklungsberater. Er schreibt für ZEIT-online in der Serie "Schulfrage". Felten betreibt die Internetseite [www.eltern-lehrer-fragen.de](http://www.eltern-lehrer-fragen.de). (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- Robert Tauschke: **Digitaler Horror im Kinderzimmer – wie lange noch ungeschützt?**

Die UNESCO empfiehlt in ihrem jüngsten Bericht, "Global education monitoring Report 2023", "Smartphones aus den Schulen zu verbannen, um Störungen im Unterricht zu bekämpfen, das Lernen zu verbessern und die Kinder vor Cybermobbing zu schützen, so die Empfehlung eines UNO-Berichts". Aufgrund wissenschaftlicher Untersuchungen machte Schweden Anfang Juli 2023 die Entscheidung, digitale Medien auch in der Vorschule einzusetzen wieder rückgängig. In China, dem Land der Digitalisierung fordert die Internet-Aufsicht CAC in einem vorgelegten Regulierungsentwurf die Einführung eines "Minderjährigen-Modus", der unter 18-Jährigen nachts (von 22 bis 6 Uhr) den Internetzugang verweigern soll, die Nutzung der Geräte für 16- bis 18-Jährige auf maximal zwei Stunden, für 8- bis 16-Jährige auf eine Stunde und für unter Achtjährige auf acht Minuten täglich reduzieren will. Bereits 2021 hatte China ähnliche Beschränkungen für Videospiele eingeführt.

Unter Verweis auf die alarmierenden Inhalte sowie das ausufernde Konsumverhalten von Kindern und Jugendlichen fordert der Neurowissenschaftler, Arzt und Psychotherapeut, Professor Dr. Joachim Bauer, [dringend eine Kehrtwende im Kinder- und Jugendschutz in Bezug auf digitale Medien, um den Schaden für den Einzelnen und die Gesellschaft abzuwenden](#). Im Mai 2023 beschreibt die Schulleiterin einer weiterführenden Schule und Digitalbotschafterin Niedersachsens, wie Kinder und Jugendliche vor den Augen ihrer Eltern und Lehrer unbemerkt in einer verrohten, brutalen Parallelwelt aufwachsen. Denn sie erleben über digitale Medien ungefiltert Folter, Vergewaltigung, Erpressung und Rassismus, ohne darüber sprechen zu können. Auch sie fordert dringend "eine zeitgemäße, an Werten orientierte Medienerziehung".

Angesichts all dieser Warnrufe ist nach Robert Tauschke ein Wegschauen nicht mehr möglich. Die Bildungsbürokratie und politische Entscheidungsträger sollten auf die Auswüchse dieser ungehemmten Digitalisierung angemessen reagieren, ohne sich den Vorwurf gefallen lassen zu müssen, sie würden "übertreiben" oder "die Zukunft verbauen".

*Robert Tauschke ist Dipl.-Päd. und Schulischer Heilpädagoge MA; er arbeitet seit über 30 Jahren als Lehrer in der Schweiz. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

#### ● Oskar Lafontaine: **Abschied von der demokratischen Souveränität**

Die Partei AfD wird nach Oskar Lafontaine deshalb immer stärker, weil ihre Gegner ins rechte Lager gewechselt sind. Obwohl die etablierten Parteien und Medien die AfD mit harten Bandagen bekämpfen, wird diese immer stärker. Lafontaine erinnert an die von der AfD in Thüringen eingesetzten Wahlplakate: "Sprit teurer, Strom teurer, Gas teurer, Essen teurer – nur die Ausreden werden immer billiger" und "Diplomatie statt Waffen" sei da zu lesen gewesen. Mit solchen Plakaten oder Forderungen hätten früher SPD, Grüne oder die Linke Wahlkämpfe geführt. Und sie zeigen für Lafontaine schlagartig auf, warum diese Parteien immer mehr Wähler verlieren: [Sie haben die Interessen größerer Teile der Bevölkerung aus dem Auge verloren](#). Für ihn hat Glaubwürdigkeitsprobleme, "wer mit Verehrern des Nazikollaborateurs und tausendfachen Judenmörders Stepan Bandera problemlos kooperiert und ihnen vorbehaltlos Unterstützung verspricht".

*Oskar Lafontaine, Jg. 1943, 1985 bis 1998 Ministerpräsident des Saarlandes. Im März 1999 legte er alle seine bisherigen politischen Ämter (Bundesfinanzminister, SPD-Vorsitz) aus Kritik am rot-grünen Regierungskurs von Gerhard Schröder nieder. Von 2007 bis 2010 war er Parteivorsitzender der damals neugebildeten Partei 'Die Linke'. Heute Publizist. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

#### ● Norbert Häring: **Das Netzwerk Klimajournalismus: Wenn Journalisten und Medien sich der Manipulation verschreiben**

Das 2021 gegründete 'Netzwerk Klimajournalismus' aktivistischer Journalisten hat Leitlinien und einen Kodex für die Klimaberichterstattung erarbeitet, die nach Norbert Häring viele Journalisten und sogar Medienhäuser in Deutschland und Österreich unterschrieben haben. Besonders stark vertreten ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk. Darin wird es u.a.

- [als Aufgabe des Journalismus angesehen, eine "irreversible Katastrophe" vorauszusagen](#), wenn die Verantwortlichen in den nächsten Jahren nicht entschieden handeln,
- die Klimakrise zur Bedrohung für Demokratie und Grundrechte zu erklären,
- das Pariser Klimaabkommen von 2015 und das "Klima-Urteil" des Bundesverfassungsgerichtes von 2021 als (nicht zu hinterfragende) Richtschnur und Leitplanken zu nehmen.

Für Häring haben diese Leitlinien, die in Österreich noch etwas verschärft wurden, mit traditionellem Journalismus wenig gemein, umso mehr mit Meinungsmanipulation und Aktivismus.

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Rainer Balcerowiak: Bürgerrat Ernährung: Das System der simulierten Bürgerbeteiligung**

Für Rainer Balcerowiak ist [die durch Bürgerräte vorgenommene Bürgerbeteiligung bestenfalls eine Simulation derselbigen](#). Am Beispiel des "Bürgerrats Ernährung" zeigt der Autor auf, wie aufwändig und engmaschig die Bürger für diesen Rat ausgewählt wurden. Neben einer eigenen Stabsstelle und einem wissenschaftlichen Beirat wurden drei Beratungsfirmen, eine Kommunikationsagentur und der Verein 'Mehr Demokratie e.V.' beauftragt. Sogar eine US-Stiftung arbeitete mit. Der Bürgerrat, der am 19.02.2024 ein "Bürgergutachten" mit Empfehlungen vorlegen soll, darf selber keine Experten benennen. Eine weitere Mitsprache ist dem Bürgerrat verwehrt. Im Bundeshaushalt 2023 stehen dafür bislang 3 Mio. Euro zur Verfügung.

Die zuvor installierten Bürgerräte zu den Themen "Deutschlands Rolle in der Welt" und "Klima" waren ähnlich organisiert, hatten aber keinen öffentlichen Auftrag. Sie wurden von "zivilgesellschaftlichen Gruppen" organisiert und finanzierten sich ausschließlich mit "Spenden und Zuwendungen von Stiftungen", die u.a. von 'Open Society Foundation' (George Soros), der Robert Bosch-, der Volkswagen-, Zeit- und der Mercator-Stiftung.

Für Balcerowiak sind die Bürgerräte lediglich eine neue Form der "Partizipationskultur", mit der dem Bürger der Eindruck vermittelt werden soll, dass ein "fairer und gleichberechtigter Dialog auf Augenhöhe" (so Bertelsmann) stattfindet. Mit Beteiligungsformaten könne man "für das politische System werben".

Balcerowiak verweist auf das [Buch "Die Mitmachfalle: Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument"](#) von Thomas Wagner, in dem die Mechanismen der modernen Partizipationsformate präzise beschrieben werden.

[Rainer Balcerowiak](#), Jg. 1958, widmet sich als Autor und Journalist hauptsächlich den Themen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik sowie Verbraucherschutz. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Florian Warweg: "Maulkorb für Kriegsgegner" – Verfassungsbeschwerde gegen Neufassung von "Volksverhetzung"-Paragraf 130 eingereicht**

Der Jurist Ralf Hohmann hat gemeinsam mit den zwei Vorsitzenden der Partei DKP, Wera Richter und Patrik Köbele, [Verfassungsbeschwerde gegen die im Zuge des Ukraine-Krieges erfolgte Änderung von § 130 des Strafgesetzbuches eingelegt](#). Sie argumentieren, dass die Neufassung des Paragrafen gegen "Volksverhetzung" einen Verstoß gegen die grundgesetzlich gesicherte Meinungsfreiheit und die ebenso grundgesetzlich vorgeschriebene Bestimmtheit eines Gesetzes darstellt. Zudem wird kritisiert, dass die Verfahrensweise der parlamentarischen Beschlussfassung als sogenanntes "Omnibus-Gesetz", also als Anhang eines anderen Gesetzes ohne inhaltlichen Bezug und ohne die sonst übliche parlamentarische Befassung, spätabends am 20.10.2022 im Bundestag "durchgepeitscht" worden sei.

Florian Warweg erinnert in diesem Zusammenhang an das Urteil des Berliner Amtsgerichts Anfang Januar 2023 gegen den bekannten Berliner Friedensaktivisten Heiner Bücker, der in erster Instanz in Form eines Strafbefehls zu einer vierstelligen Geld- oder ersatzweise 40-tägigen

Haftstrafe verurteilt worden war. Die damalige Begründung? Er hätte in einer Rede anlässlich des 81. Jahrestages des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion am 22.06.2022 erklärt, man müsse "offen und ehrlich versuchen, die russischen Gründe für die militärische Sonderoperation in der Ukraine zu verstehen". Diese Aussage, so die Begründung vom 03.01.2023, billige "den völkerrechtswidrigen Überfall Russlands auf die Ukraine" und hätte "das Potenzial, das Vertrauen in die Rechtssicherheit zu erschüttern und das psychische Klima in der Bevölkerung aufzuhetzen". Das Urteil gegen Bückner bleibt für Warweg ein [Skandal-Urteil](#).

[Florian Warweg, Jg. 1979](#), gehört seit Juni 2022 zum Redaktionsteam der NachDenkSeiten. Zuvor arbeitete er u.a. im Bundestag sowie für das Lateinamerikaportal [amerika21](#) und 'RT DE'. Von 2003 bis 2009 hatte er längere Arbeits- und Studienaufenthalte im Nahen Osten und Lateinamerika. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **NZZ: Der Wille des Volkes geschehe - Wie Politik in der Schweiz funktioniert. Ein Lehrstück in Demokratie**

In diesem ausführlichen Artikel (Lesezeit ca. 1 Stunde) wird an einem Beispiel dargestellt, wie die direkte Demokratie in der Schweiz funktioniert. Das Beispiel ist die "Zweitwohnungsinitiative", die ein Schweizer Bürger um 2005/2006 auf den Weg gebracht hat, weil er nicht damit einverstanden war, dass die Schweizer Landschaft immer mehr mit Häusern zugebaut wird, die von ihren Besitzern nur wenige Wochen im Jahr genutzt werden. Er hat angefangen, für diese Idee unter seinen Mitbürgern zu werben, Unterschriften für eine entsprechende Gesetzesinitiative zu sammeln, die dann vor Regierung und Parlament kommen und in die Tat umgesetzt werden sollte. Der [Prozess zog sich insgesamt über ca. 6 Jahre hin und endete mit einem Erfolg der Initiative](#) - aber interessant ist vor allem, was auf dem Weg dorthin und auch danach alles geschah.

Die Hauptbotschaft ist wohl: Direkte Demokratie ist nicht einfach "die Herrschaft des Volkes", sondern: das Volk ist kein Singular, sondern ein Plural. Es gab verschiedene, aber eben auch berechnete Interessen, zum Beispiel die von Bauleuten, deren Existenz vom Bau der Häuser abhängt, oder auch, ja, die von Ferienhausbesitzern, von denen es nicht wenige gibt. Der Artikel zeigt die verschiedenen Facetten auf und wie sich die Menschen im Laufe der Zeit mit dem Anliegen auseinandergesetzt haben. Der Bauunternehmer hat zum Beispiel eine andere Geschäftsidee entwickelt; aber nicht alle waren am Ende zufrieden. Ebenso wird deutlich, wie wichtig der Weg einer Initiative durch die Ebenen der Regierung und des Parlamentes ist, weil von hier eine Professionalisierung im Sinne einer allgemeingültigen Rechtssicherheit eines neuen Gesetzes ausgehen kann, die von einer einmaligen Initiative nicht unbedingt zu erwarten ist. Bis rechtssicher klar war, was die per Abstimmung bereits angenommene Initiative genau besagt, sind noch einmal Jahre der parlamentarischen Klärungsarbeit vergangen. Das ausführlich dargestellte Beispiel illustriert sehr schön die Komplexität einer ordentlichen, aber eben mit Arbeit, Intelligenz und friedlicher Hartnäckigkeit verbundenen Demokratie.

*Falls der Link abgeschaltet werden sollte, kann das Heft für 13,10 CHF [bestellt](#) werden (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- **Thomas Röper: Sechs neue Mitglieder und ein neues Finanzsystem**

Die Erklärung von Johannesburg zum 15. Gipfel der Staats- und Regierungschefs der BRICS-Länder war nach Wladimir Putin nicht leicht, aber dank des "erstaunlichen diplomatischen Geschicks" von Südafrikas Präsidenten Cyril Ramaphosa doch auszuhandeln. Bei dem ersten persönlichen [Treffen, an dem über 1'500 Personen teilgenommen haben](#), wurde über

Investitionsanreize und die Zusammenarbeit zwischen Südafrika, afrikanischen Ländern und BRICS-Mitgliedern diskutiert.

Auf dem Gipfel gab die Leiterin der Neuen BRICS-Entwicklungsbank einen Bericht über die Aussichten für die wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Vereinigung ab. Es wurde die Bedeutung einer gleichberechtigten Entwicklung in der Welt sowie die Notwendigkeit einer friedlichen Lösung von Konflikten auf dem Planeten hervorgehoben. Die Unterschiede zwischen den BRICS-Staaten stärken nach Brasiliens Präsident Lula da Silva die Mitglieder im Kampf für eine neue Weltordnung, "die den wirtschaftlichen, geografischen und politischen Pluralismus des 21. Jahrhunderts berücksichtigt". Um die Stabilität des globalen Finanzsystems zu erhöhen, wurden die Finanzministerien und Zentralbanken der BRICS-Länder angewiesen, die Verwendung von Landeswährungen und "einer Reihe von Zahlungsinstrumenten" bei Abrechnungen zu erwägen. Nach Ansicht des brasilianischen Präsidenten kann die Einführung einer einheitlichen Verrechnungseinheit die Zahlungsmöglichkeiten der Mitgliedsländer erweitern und ihre Schwächen ausgleichen.

Die Staats- und Regierungschefs der BRICS-Staaten haben sich auf Leitlinien, Standards und Kriterien für die Erweiterung des Verbundes geeinigt. Zum 01.01.2024 werden den BRICS sechs neue Länder beitreten: zwei afrikanische Länder (Ägypten, Äthiopien), ein lateinamerikanisches (Argentinien) und drei Länder des Nahen Ostens (Iran, die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien). Nach der Aufnahme der neuen Staaten werden das gemeinsame BIP der BRICS 37% des weltweiten BIP und der Weltbevölkerungsanteil 46% betragen.

*[Thomas Röper](#), Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite [www.anti-spiegel.ru](http://www.anti-spiegel.ru), wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

#### ● Alexander Neu: **Das fragwürdige Verhältnis des Westens zu Neutralität, freier Bündniswahl und Völkerrecht**

Für Alexander Neu geht mit dem Stellvertreterkrieg in der Ukraine ein Epochenumbruch in der Form einher, dass [die unipolare Weltordnung unter Führung der USA, der globalen "Pax Americana", ende](#). Die Furcht des Machtverlusts des Westens äußere sich in dem Versuch, die eigenen Reihen stärker zu schließen. Der Westen, der davon spricht, eine freie Bündniswahl und staatliche Neutralität zu respektieren, tue sich nun schwer, Entscheidungen wie die Brasiliens (Kritik am Westen, keine Teilnahme an den westlichen Sanktionen gegen Russland), der Schweiz (kein Waffenexport in die Ukraine), Österreichs (Ablehnung der Sicherheitszusagen an die Ukraine), Ungarns (bewahrt sich ein gewisses Maß an eigenständiger Politik) und Serbiens (orientiert seine Politik an seinen nationalen Interessen) zu akzeptieren. Es bestehe ein enormes Interesse der Staaten, die nicht dem Westen angehören, sich in Organisationen wie der 'Shanghai Cooperation Organisation' und dem BRICS-Bündnis zusammenzuschließen.

*[Alexander Neu](#), Jg. 1969, studierte politische Wissenschaft; promovierte 2004; 2000 bis 2002 und 2004 Auslandstätigkeit in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im ehemaligen Jugoslawien; 2006 bis 2013 Referent für Sicherheitspolitik bei der Fraktion 'Die Linke'. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- **Rainer Werning: Streumunition über außenpolitischem Minenfeld – zur Strafanzeige gegen den Bundespräsidenten**

Am 10.07.2023 erstattete der Bonner Diplom-Mathematiker Wolf Göhring Strafanzeige gegen den Bundespräsidenten Dr. Frank-Walter Steinmeier. Der Grund: Der Bundespräsident, so Göhring, habe mutmaßlich [gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz verstoßen](#). Im Sommerinterview des ZDF, das am 09.07.2023 ausgestrahlt wurde, hatte Herr Steinmeier nämlich mit Blick auf die Entscheidung Washingtons, Streumunition an die Ukraine zu liefern, erklärt, man könne "in der gegenwärtigen Situation den USA nicht in den Arm fallen".

In seiner Vorbemerkung zum Wortlaut der Strafanzeige legt Rainer Werning dar, dass vom Einsatz von Streumunition hauptsächlich die Zivilbevölkerung betroffen sei. Als die am stärksten betroffenen Länder sieht er vor allem Laos, aber auch Vietnam und Kambodscha. Daher habe auch Kambodschas Regierungschef Hun Sen den US-Präsidenten Joe Biden und den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj dazu aufgerufen, keine Streubomben in der Ukraine einzusetzen.

Der US-Historiker Daniel Larison wirft Biden Heuchelei vor, wenn man Russland den Einsatz von Streumunition vorwerfe und dann der Ukraine Streumunition zur Verfügung stelle. Larison sieht vor allem in Ländern Europas, die das Verbot von Streumunition unterschrieben haben, die Möglichkeit, dass über die Entscheidung der USA Verärgerung aufkommen könnte. Werning macht darauf aufmerksam, dass Steinmeier pikanterweise das inkriminierte Gesetz zur Ächtung von Streumunition selbst unterzeichnet und es "als Meilenstein der konventionellen Rüstungskontrolle" bezeichnet habe.

Die "[Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!](#)" wendet sich klar gegen die Pläne der USA, der Ukraine Streumunition liefern zu wollen. Die Aktion fordert die Bundesregierung auf, solch eine Lieferung und den Einsatz dieser Munition mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern. Auch wenn die Ukraine die 'Oslo-Konvention' nicht unterzeichnet habe, dürfe sie Streumunition aufgrund des humanitären Völkerrechts nicht einsetzen.

*Rainer Werning, Jg. 1949, Autor mehrerer Bücher und zahlreicher Zeitungs- und Zeitschriftenaufsätze, Dozent im Rahmen der Landesanalyse und interkulturellen Kompetenz für die Philippinen und Korea bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Bad Honnef und Lehrbeauftragter am Institut für Orient- und Asienwissenschaften der Universität Bonn. Er ist Vorstandsmitglied der 'Deutsch-Philippinischen Freunde e.V.'. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- **Afrika: Kleinkind bzw. Opfer von Auseinandersetzungen um Vormacht**

Der ehemalige Leiter von Friedensmissionen in Afrika, Jacques Baud, sieht in den Staatsstreich in Mali, Burkina Faso und Niger auch ein Streben nach Unabhängigkeit von westlicher Bevormundung. "Wir behandeln Afrika wie ein Kleinkind und wollen keine Partnerschaften auf Augenhöhe", sagt der Ex-Oberst im Generalstab der Schweizer Armee. Im Gespräch mit Milena Preradovic legt Baud die aus seiner Sicht gegebenen [Hintergründe und Interessen auf dem afrikanischen Kontinent](#) dar (Video, 32m31).

Das Grundproblem sieht er in der Zerstörung Libyens. Ein weiteres Problem sind die Konflikte zwischen den in der Sahel-Zone wohnenden Stämmen, wobei der Islam nur eine begrenzt wirksame einigende Kraft hat. Dschihadismus gebe es erst, seit westliche Truppen nach 2001 ohne Strategie interveniert, die Region destabilisiert und keines der Probleme gelöst haben. Die Region wolle aber für die eigene Sicherheit selbst zuständig sein und als Partner auf gleicher Augenhöhe geachtet werden. Die scharfe verbale Reaktion von ECOWAS sieht Baud dem westlichen Druck geschuldet, geht aber nicht von einer militärischen Reaktion aus. Die Rolle der Wagner-Truppen in Mali sieht er in dem von der neuen Regierung gewünschten Schutz.

*Zur Situation in Afrika gibt es widersprüchliche Nachrichten bzw. Vermutungen. Jaques Baud äußert im Interview eine mögliche Sicht der Dinge (Red.). Im Artikel von Felicitas Rabe, der die Vermutungen von Michel Chossudovsky darstellt, werden die USA als mögliche Triebkraft dargestellt, die die [alte Kolonialmacht Frankreich aus Afrika vertreiben](#) will. Chossudovsky weist darauf hin, dass die Anführer der Militärputschisten in den USA ausgebildet wurden, dass Victoria Nuland eine Schlüsselrolle spielt und letztlich die USA ihre Hegemonie auf Afrika ausdehnen wollen.*

*Es wird sicher noch eine Weile dauern, bis wir die Wahrheit erfahren. (Red.)*

*[Punkt.Preradovic](#) "greift aktuelle, heiße und kontroverse Themen auf". Auf dieser Plattform diskutiert Milena Preradovic, [Moderatorin, Medientrainerin und Autorin](#), mit "meinungsstarken Koryphäen". (Red.)*

*[Jacques Baud](#), Jg. 1955, hat den Master in Ökonometrie und Nachdiplomstudium in internationaler Sicherheit am Hochschulinstitut für internationale Beziehungen in Genf absolviert und war Oberst der Schweizer Armee. Er arbeitete für das DPKO (Departement of Peacekeeping Operations) der Vereinten Nationen in New York (1997–99), gründete das Internationale Zentrum für Humanitäre Minenräumung in Genf. (Red.)*

*[Michel Evgenij Chossudovsky](#), Jg. 1943, war tätig als kanadischer Professor der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Ottawa und Gastprofessor an vielen akademischen Einrichtungen außerhalb Kanadas, als Berater für Regierungen sog. Entwicklungsländer und Organisationen, die sich mit der Unterstützung sog. Entwicklungsländer und mit Friedenspolitik beschäftigen. Er ist international bekannt durch seine globalisierungskritischen Publikationen. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

#### ● Rory Suchet: **Afrikas neue Rolle auf der multipolaren Weltbühne**

Vor dem zweiten Russland-Afrika-Gipfel in St. Petersburg führte Rory Suchet ein exklusives Interview mit der südafrikanischen Außenministerin Naledi Pandor. Dabei betonte Pandor, dass das russische Volk in unserem eigenen Freiheitskampf eine Rolle gespielt habe, die es fortzusetzen gelte. Neben der Fortsetzung der Programme für den afrikanischen Kontinent und dem menschlichen Austausch bei Sicherheit und Handel gehe es auf dem Gipfel um die "Fortsetzung der Anfang des Jahres begonnenen Gespräche über die Rolle Afrikas bei der Suche nach einer friedlichen Lösung des aktuellen Konflikts zwischen Russland und der Ukraine". Afrika könne eine wichtige Rolle dabei spielen, die von Selenskyj wie von Putin verhärteten Fronten aufzubrechen.

Bzgl. der UNO geht Pandor davon aus, dass Südafrika aufgrund seiner historischen Erfahrung mit der Apartheid sehr gut in der Lage sein sollte, "die Bedeutung von Freiheit zu verstehen, Demokratie in ihrer ganzen Bedeutung zu fördern und Repräsentativität zu unterstützen". Da der UN-Sicherheitsrat die Welt enttäuscht habe, seien Reform und Stärkung der UNO notwendig, u.a. dadurch, dass die Generalsversammlung wirkliche Bedeutung erhält. [Pandor hofft, "dass wir eine globale Neugestaltung der multilateralen Institutionen und Prozesse erleben werden"](#).

Die afrikanischen Länder müssen eine nennenswerte Produktivität in der verarbeitenden Industrie aufbauen, um seine Bodenschätze selbst zu raffinieren. Dazu seien Partnerschaften mit Europa, den USA, Russland oder China für die Interessen Afrikas und nicht anderer zu nutzen. Es sei dabei sehr wichtig, dass sich Afrika nicht einseitig auf einen Partner ausrichte. Pandor freut sich über die Erweiterung von BRICS. "Die BRICS-Staaten sind ein neues Forum mit fortschrittlichen Idealen, das sich auf Frieden, Sicherheit und Entwicklung konzentrieren will. Wir sind nicht gegen jemanden, wir sind nicht für jemanden. Wir arbeiten für das Wohl der Welt. [...] Wir wollen gemeinsam an der Lösung wichtiger Entwicklungsfragen arbeiten." Um "freien Handel, vernünftige Systeme, finanzielle Sicherheit" zu gewährleisten, dürfe sich BRICS nicht an eine Währung oder ein

System binden, sondern müsse darüber nachdenken, welche Alternativen es gebe. In BRICS sieht Pandor ein wichtiges Instrument, die Konvergenz verschiedener Organisationen und Entwicklungen zu erreichen. Hinsichtlich der Getreideinitiative wünscht sie sich, dass das Problem der Ernährungssicherheit Afrikas unter Beachtung der Bedenken sowohl Afrikas als Russlands gelöst wird.

[Inhalt ↑](#)

- **Hans Köchler: Die 'International Progress Organization' verurteilt die kollektive Bestrafung der Bevölkerung von Niger**

Der Präsident der I.P.O. (International Progress Organization), Hans Köchler, fordert die ECOWAS auf, ["von einer Politik der Einschüchterung und Einmischung in die politische Situation in der Republik Niger abzusehen"](#). Die Androhung einer militärischen Intervention und die gegen Niger verhängten Strafsanktionen verstoßen gegen die Charta der Vereinten Nationen und bergen die Gefahr einer weiteren Destabilisierung der ohnehin prekären Sicherheitslage in der Region. Diese Politik und diese Maßnahmen haben keine Grundlage im Vertrag der ECOWAS, der den 'Nichtangriff zwischen den Mitgliedstaaten' zu einem der 'Grundprinzipien' der Gemeinschaft erklärt (Artikel 4d) und die 'friedliche Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten' vorsieht. "Krieg zu führen, um den Frieden zu erhalten, dürfe "nicht als Rechtfertigung für einen weiteren Akt unverhohlener Aggression dienen".

*[Prof. Dr. Hans Köchler](#), Jg. 1948, ist langjähriger Vorstand des Institutes für Philosophie an der Universität Innsbruck, hat diverse Gastprofessuren, ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Wissenschaft und Politik und Präsident der 'International Progress Organization' (I.P.O.); er ist international bekannt u. a. durch die Ernennung zum UN-Beobachter des Prozesses im Rahmen des Lockerbie-Anschlages. (Red.)*

[Inhalt ↑](#)

- **IPPNW: 78 Jahre seit Hiroshima und Nagasaki**

Anlässlich der Jahrestage des Abwurfs der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki durch die USA am 06.08. und 09.08.1945 [fordert die Ärzteorganisation IPPNW die Bundesregierung dazu auf, dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag \(AVV\) beizutreten](#), Entschädigungszahlungen an die Überlebenden von Nuklearwaffeneinsätzen zu leisten sowie den Austritt Deutschlands aus der nuklearen Teilhabe der NATO. IPPNW erinnert daran, dass nicht einmal ein Jahr nach den Abwürfen in Japan Tests zur Weiterentwicklung von Nuklearwaffen auf den Marshall-Inseln durch die USA durchgeführt wurden, obwohl die Einsätze in Hiroshima und Nagasaki die katastrophalen Folgen einer atomaren Explosion auf die Gesundheit und die Umwelt im betroffenen Gebiet gezeigt hatten. Diese Atomwaffentests wurden in Gebieten durchgeführt, die als menschenleer ausgegeben wurden. Dies entsprach nicht der Wahrheit: in den Gebieten lebten in vielen Fällen indigene Völker. Insbesondere Frankreich und Großbritannien nutzten ihre (ehemaligen) Kolonien für Tests; die Sowjetunion führte Tests im heutigen Kasachstan durch. Seit langem machen die Überlebenden von Atomwaffeneinsätzen und -tests gemeinsam auf die schrecklichen Parallelen in ihren Geschichten und ihren aktuellen Lebensumständen aufmerksam.

*Der [IPPNW](#), eine Vereinigung von Ärzten und Psychotherapeuten, setzt sich für die Ächtung jeglichen Krieges, für gewaltfreie, zivile Formen der Konfliktbearbeitung, für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die gerechte Verteilung der Ressourcen, sowie für ein soziales und humanes Gesundheitswesen ein. (Red.)*

[Inhalt ↑](#)